



Die EU-AKP-Kooperation im Überblick

Informationspapier, 2018. Institut für Umwelt, Friede und Entwicklung (IUFE).

Seit dem Jahr 2000 stellt das Abkommen von Cotonou einen völkerrechtlichen Vertrag zwischen der Europäischen Union und der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Gruppe) dar. Die EU-AKP-Kooperation in dieser bzw. ähnlicher Form wurde in den 1950er Jahren vertraglich verankert. Ab dem Jahr 2020 bricht eine neue Periode der Zusammenarbeit an. Derzeit, am Jahresende 2018, werden Ergebnisse und Wirksamkeit des bestehenden Cotonou-Abkommens analysiert sowie über ein Nachfolgeabkommen diskutiert.

Überblick der vertraglichen Kooperationsbasis für die EU-AKP-Kooperation

- Römische Verträge (1957)
- Yaoundé I + II (1964- 1975)
- Lomé I bis Lomé IV (1975- 2000)
- Cotonou-Abkommen (2000- 2020)
- ? (ab 2020)

Römische Verträge; Yaoundé I + II; Lomé I bis Lomé IV

- **Römische Verträge (1957):** Abschluss zwischen Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, der Niederlande und der Bundesrepublik Deutschland. Diese führten in weiterer Folge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) und der Europäischen Atomgemeinschaft (EUROTAM). Der vierte Teil des Abkommens „Die Assoziierung der überseeischen Länder und Hoheitsgebiete“ legte die erste Grundlage für zukünftige EU-AKP-Abkommen. Im Rahmen der Verträge wurde auch der Europäische Entwicklungsfonds (EFF) errichtet, der das wichtigste Hilfsinstrument der EU im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit mit den AKP-Staaten ist (*Anm.: EFF ist nicht Teil des EU-Budgets - wird von den EU-Mitgliedstaaten auf freiwilliger Basis finanziert*).
- **Yaoundé I (1964-1969) + Yaoundé II (1971-1975):** Nachdem die meisten afrikanischen Gebiete zur politischen Unabhängigkeit gelangten, haben 17 frankophone Staaten und Somalia (ehemalige Kolonie Italiens) mit den sechs EWG-Staaten das erste Abkommen verhandelt und in Yaoundé (Hauptstadt Kameruns) unterzeichnet. Neben der wirtschaftlichen Kooperation zielte das Abkommen auf die Unterstützung der afrikanischen Länder durch die Entwicklungshilfe Europas mithilfe des EFF ab. Das zweite Yaoundé-Abkommen verlängerte die Vereinbarungen aus dem ersten Abkommen. Der Kreis der Vertragspartner erweiterte sich.
- **Lomé I bis Lomé IV (1975- 2000):** Die vier Abkommen wurden in Lomé (Hauptstadt Togos) unterzeichnet. Hierbei handelte es sich um die Weiterführung der Yaoundé-Abkommen in den Bereichen Handel und Entwicklungszusammenarbeit. Zu den Vertragspartnern zählten die Staaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) und 77 Länder in Afrika, Karibik, Pazifik (AKP-Staaten). Die Abkommen gewährleisteten für die AKP-Staaten einseitige Handelspräferenzen und Kompensationszahlungen bei Exporterlöschwankungen, um deren Wirtschaft zu stärken. Diese Einseitigkeit widersprach jedoch den Regeln der im Jahr 1995 gegründeten Welthandelsorganisation (WTO), speziell dem Grundsatz der Gleichbehandlung/Meistbegünstigung, und musste ehest möglich reformiert werden. Die Post-Lomé-Ära wurde offiziell durch das Grünbuch der Europäischen Kommission über die Zukunft der AKP-EU Zusammenarbeit 1996 eingeleitet. In diesem Grünbuch



wurde eine grundlegende Reform der bisherigen Lomé-Politik gefordert. Zwei wesentliche Hauptkritikpunkte waren (i) der geografische Rahmen, welcher an die auftretende Heterogenität der AKP-Staaten angepasst werden sollte und (ii) die Abschaffung der nicht-reziproken Handelspräferenzen gemäß WTO. Zudem sollten die Prinzipien des politischen Dialogs und der Partnerschaft fokussiert werden. Diese Reformerfordernisse fanden im anschließenden Cotonou-Abkommen ihren Ausdruck.

Cotonou-Abkommen (2000-2020)

- Das Abkommen, welches in Cotonou (Hauptstadt Benins) unterzeichnet wurde, stellt einen grundlegenden Wandel in der EU-AKP-Kooperation dar.
- Laufzeit: 23. Juni 2000 bis 29. Februar 2020.
- Völkerrechtlicher Vertrag zwischen der EU und 79 AKP-Staaten (48 afrikanische, 16 karibische, 15 pazifische Länder).
- Vorrangige Ziele des Kooperationsabkommens: (i) Armutsbekämpfung, (ii) Eingliederung der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft.
- Drei Kernelemente des Cotonou-Abkommens:
 - (i) Entwicklungszusammenarbeit: umfasst v.a. technische und finanzielle Unterstützung für AKP-Staaten.
 - (ii) Handelsbeziehungen: umfasst aktuell v.a. Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPAs). Das Abkommen hat zum Ziel, die oben genannten, einseitigen Handelspräferenzen auf lange Sicht abzuschaffen und durch reziproke und WTO-konforme WPAs zu ersetzen. Das bedeutet, dass ab dem Jahr 2000 nicht nur die EU ihre Märkte öffnen werde, sondern langfristig auch die AKP-Staaten. Diese WPAs sollten mit einzelnen Regionsgruppen bzw. Staaten bis Ende 2007 abgeschlossen werden. Für die Verhandlungen der WPAs wurden folgende Regionsgruppen identifiziert: * Ostafrika (EAC) * Süd-Ostafrika (ESA) * Südliches Afrika (SADC) * West-Afrika (ECOWAS) * Zentral-Afrika (CEMAC) * Karibische Staaten (CARIFORUM) * Pazifische Staaten. Das Ziel, die WPAs mit den obenstehenden Regionsgruppen bis Ende 2007 auszuhandeln scheiterte, da die Verhandlungen durch vielschichtige Widerstände gekennzeichnet waren. Bis Ende 2007 konnte mit der Karibik ein WPA abgeschlossen werden; Jahre später beispielsweise mit ECOWAS und SADC. Die WPAs sollten die Handelsebene des Abkommens modifizieren, aber nicht das gesamte Cotonou Abkommen ersetzen.
 - (iii) Politische Kooperation: umfasst v.a. politischen Dialog, verantwortungsvolle Regierungsführung, Kampf gegen Korruption, Menschenrechte.
- Die Zusammenarbeit im Rahmen des Abkommens wird durch den Europäischen Entwicklungsfonds (EEF) – also außerhalb des regulären EU-Budgets – finanziert. Aktuell beträgt die Dotierung in der Laufzeit des 11. EEF (2014-2020) laut dt. Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung insgesamt EUR 30,5 Mrd.
- Alle fünf Jahre ist eine Überprüfung der wichtigsten Vertragsbestimmungen vorgeschrieben. Die Revisionen in den Jahren 2005 und 2010 fanden statt, 2015 wurde ausgesetzt.

Kritik/Bilanz des Cotonou-Abkommens

- Die bisherige Bilanz über das Cotonou-Abkommen kennzeichnet sich durch gemischte Ergebnisse. Es wurde einerseits die politische Dimension der Kooperation auf vertraglicher Ebene erheblich aufgewertet (z.B. Menschenrechte, Demokratie, Armutsbekämpfung), andererseits wird die zielführende Wirksamkeit in der Praxis von vielen AkteurInnen hinterfragt.



- Im Allgemeinen wird das Abkommen dahingehend kritisiert, dass es auf traditionellen entwicklungspolitischen Geldflüssen zwischen GeberInnen und NehmerInnen basiert.
- Des Weiteren könne es als allgemein gehaltenes Abkommen nur bedingt auf die Bedürfnisse der zunehmend heterogenen AKP-Gruppe eingehen. Diese schaffe Abhängigkeiten und trage nicht zur nachhaltigen Entwicklungen einzelner Staaten bei.
- GegnerInnen der WPAs betonen, dass die Öffnung der AKP-Märkte zu negativen ökonomischen Effekten führen würde, da viele AKP-Statten für den Wettbewerb mit europäischen Produkten und Märkten zu schwach seien. Zudem wird kritisiert, dass die EU eine (zu) starke ökonomische und politische Position gegenüber ihren AKP-Partnerländern hat und diese für den Zugang zu günstigen Rohstoffen in den jeweiligen Staaten nutzt.

Quellen und weiterführende Informationen

- Afrikanische Union, 2018. Decision on the African Common Position for Negotiations for a new Cooperation Agreement with the European Union, Doc. Ext/EX.CL/2(XVIII). [Hier](#).
- AKP Sekretariat, 2018. ACP Group Set to Negotiate as One in the new Modern Post Cotonou Agreement. [Hier](#).
- Bartelt, S. und Dann, P. (Hrsg.), 2008: Entwicklungszusammenarbeit im Recht der Europäischen Union. The Law of EU Development Cooperation. Europarecht, Beiheft 2. Nomos: Baden-Baden.
- Bossuyt, J., et. al. (Hrsg.), 2016. Exploring Scenarios for the Future of ACP-EU Cooperation: An analytical tool for informed choices. In: ECPM, 07/2016. [Hier](#).
- Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres, 2018. Parlamentarische Anfragebeantwortung 379/AB „Verhandlungen für die Zeit nach dem Auslaufen des Cotonou Abkommens“ von Dr. Karin Kneissl vom 27.04.2018. [Hier](#).
- Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung Deutschland, 2018. Die AKP-Staaten – traditionelle Partner der EU. [Hier](#).
- Dialer, D., 2007. Die EU-Entwicklungspolitik im Brennpunkt. Eine Analyse der politischen Dimension des Cotonou-Abkommen. Frankfurt am Main: Brandes & Aspel.
- Elgström, O., 2008. Images of the EU in EPA negotiations. Angel, demon- or just human. European Integration online Papers, vol. 12/5, p.2-12.
- Engel, U., Erdmann, G., und Mehler, A., 2000. Tanzania revisited. Political stability, aid dependency, and development constraints. Hamburg: Institute of African Affairs.
- Europäische Kommission, 1996. Green Paper on Relations between the European Union and the ACP – countries on the Eve of the 21st Century. Challenges and Options for a New Partnership. 20 November 1996. [Hier](#).
- Europäische Kommission, 2017. Recommendation for a Partnership Agreement between the European Union and countries of the African, Caribbean and Pacific Group of States. [Hier](#).
- Europäische Union, 2014. The Cotonou Agreement. [Hier](#).
- Europäische Union, 2018. Zeitleiste: Schritte auf dem Weg zu einer neuen EU-AKP-Partnerschaft nach 2020. [Hier](#).
- Europäische Union, 2018. Künftige Partnerschaft zwischen der EU und den Staaten in Afrika, im Karibischen Raum und im Pazifischen Ozean: Rat verabschiedet Verhandlungsmandat. [Hier](#).
- Heese, A.-R., 2012. Cotonou-Abkommen. In: Bergmann (Hrsg.), Handlexikon der Europäischen Union. Baden-Baden.
- Institut für Umwelt, Friede und Entwicklung, 2018. Post-Cotonou-Prozess: Partner, Inhalte, Positionen. [Hier](#).
- Stiftung Wissenschaft und Politik, 2012. Was kommt nach Cotonou? [Hier](#).
- Südwind, 2018. Das Post-Cotonou-Abkommen nach 2020: Wie können die neuen Herausforderungen angegangen werden? [Hier](#).
- Tchitchi, A., 2005. Die Entwicklungszusammenarbeit zwischen der EU und den AKP-Staaten im Wandel. Das Cotonou-Abkommen – eine Zwischenbilanz. In: Reihe Politikwissenschaften Band 78, München. [Hier](#).
- Vätäman, D., 2010. History of the European Union. Lex ET Scientia International Journal, vol. 17/2, p. 107-137.
- VENRO, 2018. Anforderungen an ein neues Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und den Ländern Afrikas, der Karibik und des Pazifiks. [Hier](#).
- Vollmer, S., Martínez-Zarzoso, I., Nowak-Lehmann, F., und Klann, N.-H., 2009. EU-ACP Economic Partnership Agreements. Empirical Evidence for Sub-Saharan Africa. Background Paper. University of Göttingen. In: World Development Report 2009. [Hier](#).
- WKO – Wirtschaftskammer Österreich, 2018. Handelsabkommen EU-Afrika-Karibik-Pazifik (AKP). [Hier](#).